

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Sozialausschuss

46. Sitzung

am Donnerstag, dem 5. September 2002, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Andreas Beran (SPD)

Vorsitzender

Wolfgang Baasch (SPD)

Jutta Schümann (SPD)

i. V. von Peter Eichstädt

Arno Jahner (SPD)

Siegrid Tenor-Alschausky (SPD)

Torsten Geerds (CDU)

Werner Kalinka (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

i. V. von Helga Kleiner

Dr. Heiner Garg (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Thomas Stritzl (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht zur Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt	7
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1173	
hierzu: Umdrucke 15/2011, 15/2063, 15/2064, 15/2102, 15/2118, 15/2210, 15/2218, 15/2235, 15/2259	
2. a) Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für niedrige Einkommen	7
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/1494	
b) Neuorientierung des Arbeitsmarktes Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung	
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1497	
3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Maßregelvollzugsgesetzes (MVollzG)	12
Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 15/1544	
hierzu: Umdrucke 15/2128, 15/2185, 15/2229, 15/2272, 15/2277, 15/2302, 15/2332, 15/2338, 15/2339, 15/2341, 15/2347, 15/2363, 15/2395, 15/2396, 15/2416, 15/2451	

- 4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Schleswig-Holstein (StrWG) 13**
- Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1592
- hierzu: Umdrucke 15/2012, 15/2018, 15/2022, 15/2024, 15/2033, 15/2051,
15/2103, 15/2137, 15/2138, 15/2139, 15/2162, 15/2163
- 5. Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität 14**
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1713
- hierzu: Umdrucke 15/2184, 15/2214, 15/2230, 15/2270, 15/2298, 15/2304,
15/2307, 15/2337, 15/2340, 15/2343, 15/2355, 15/2357,
15/2359, 15/2361, 15/2366, 15/2367, 15/2380, 15/2382,
15/2384, 15/2386, 15/2416, 15/2446, 15/2456
- 6. Entschließungsantrag betr. Schleswig-Holsteinische Offensive für Familien: Familienfreundliches Schleswig-Holstein - Kinder herzlich willkommen 8**
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1857
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1867
- Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 15/1875
- 7. Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Fachkliniken (FKING) 9**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/1914

8.	Bericht über den Bereitschaftsdienst der Ärztinnen/Ärzte in Krankenhäusern	10
	Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1915	
9.	Schutz junger Menschen vor fortschreitender Verschuldung	11
	Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1916	
10.	Informationsreise des Ausschusses nach Oslo	15
11.	Verschiedenes	16

Der Vorsitzende, Abg. Beran, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Gemeinsame Beratung

1. Bericht zur Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1173

hierzu: Umdrucke 15/2011, 15/2063, 15/2064, 15/2102, 15/2118, 15/2210,
15/2218, 15/2235, 15/2259

(überwiesen am 15. November 2001 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

- Verfahrensfragen -

2. a) Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für niedrige Einkommen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1494

b) Neuorientierung des Arbeitsmarktes Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1497

(überwiesen am 24. Januar 2002 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

- Verfahrensfragen

Abg. Baasch beantragt, den Bericht der Landesregierung zur Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt sowie die eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen einer mündlichen Anhörung auszuwerten. Abg. Dr. Garg regt an, eine Anhörung zu ausgewählten Kernfragen des Arbeitsmarktes insgesamt durchzuführen. Abg. Geerds unterstützt diese Anregung, nicht nur die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, sondern die Gesamtsituation auf dem Arbeitsmarkt zu diskutieren. Abg. Baasch begrüßt dies, weist jedoch darauf hin, dass dieses umfassendere Beratungsthema zwei Tage in Anspruch nehmen müsste. Abg. Birk macht darauf

aufmerksam, dass das Thema Frauen auf dem Arbeitsmarkt nicht in den Hintergrund rücken dürfe.

Zusammenfassend schlägt der Vorsitzende vor, zu den Tagesordnungspunkten 1 und 2 auf Grundlage der dem Ausschuss bereits überwiesenen Vorlagen zum Thema Arbeitsmarkt, Drucksachen 15/1173, 15/1494 und 15/1497, und voraussichtlich im Rahmen der nächsten Plenartagung zu überweisenden Vorlagen am Donnerstag, den 16. Januar, und Freitag, den 17. Januar 2003, eine Anhörung durchzuführen. Die Sprecher der Fraktionen werden sich am Rande der nächsten Plenartagung auf den Kreis der Anzuhörenden verständigen. Dies wird einvernehmlich so angenommen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entschließungsantrag betr. Schleswig-Holsteinische Offensive für Familien: Familienfreundliches Schleswig-Holstein - Kinder herzlich willkommen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1857

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1867

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 15/1875

(überwiesen am 15. Mai 2002)

Abg. Baasch beantragt, die Behandlung dieses Tagesordnungspunkts auf die nächste Sitzung zu vertagen. Dies wird einvernehmlich so angenommen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Fachkliniken (FKING)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 15/1914

(überwiesen am 19. Juni 2002)

- Verfahrensfragen -

Abg. Birk beantragt, eine schriftliche Anhörung zu diesem Thema durchzuführen. M Moser bietet an, dem Ausschuss vorhandene Anhörungsergebnisse zur Verfügung zu stellen, nachdem die Angehörten ihr Einverständnis dazu gegeben haben. In Antwort auf die Frage des Vorsitzenden nach den an der Anhörung beteiligten Referenten nennt Herr Dr. Müller-Lucks die kommunalen Landesverbände, die Krankenkassen, den Landesrechnungshof, die Personalräte und die Geschäftsführungen sowie die Gewährträgerversammlungen und Verwaltungsräte. Eventuelle Ergänzungen dieser Liste werden dem Ausschuss nachgereicht.

Nach kurzer Diskussion einigt sich der Ausschuss darauf, dass M Moser prüfen werde, ob der Ausschuss auf die Unterlagen des Ministeriums zurückgreifen könne. Sollte dies nicht möglich sein, werde eine schriftliche Anhörung mit den im Rahmen des Referentenentwurfs Gehörten durchgeführt. Außerdem sollen die Städte Neustadt und Heiligenhafen um Stellungnahmen gebeten werden. Als Termin zur Abgabe der Stellungnahmen werde der 25. September 2002 festgelegt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bericht über den Bereitschaftsdienst der Ärztinnen/Ärzte in Krankenhäusern

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1915

(überwiesen am 21. Juni 2002)

Abg. Kalinka beantragt für die CDU-Fraktion die Durchführung einer schriftlichen Anhörung zu diesem Thema. Abg. Jahner beantragt für die SPD-Fraktion, den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen. Abg. Dr. Garg unterstützt die Forderung nach Durchführung einer schriftlichen Anhörung. Angesichts des in Zukunft zu erwartenden Ärztemangels halte er die Forderung nach einem Abbau von Medizinstudienplätzen in Schleswig-Holstein für fatal. Insofern bestehe Diskussionsbedarf mit dem Kultusministerium. Abg. Birk weist darauf hin, dass es Beschluss der Landesregierung sei, in Schleswig-Holstein Medizinstudienplätze abzubauen, weil ihre derzeitige hohe Anzahl in einem kleinen Bundesland wie Schleswig-Holstein einen großen Anteil des Bildungsetats beanspruche.

M Moser macht deutlich, dass das Thema insgesamt komplex sei und über rechtliche Fragen der Arbeitszeit und des Arbeitsschutzes hinausgehe. Das Ministerium habe - trotz eines weiten Kreises der um Stellungnahme gebetenen Betroffenen - lediglich Stellungnahmen von dem Kommunalen Arbeitgeberverband, der Krankenhausgesellschaft, von ver.di und dem Marburger Bund erhalten. Die Neigung, sich vor einer gerichtlichen Klärung auf europäischer Ebene festzulegen, sei wenig ausgeprägt.

Abg. Dr. Garg verweist auf den Widerspruch, einerseits an die Beteiligten zu appellieren, eine Lösung zu erreichen, andererseits jedoch Kapazitäten in diesem Bereich abzubauen. In den neuen Bundesländern gebe es bereits jetzt einen Mangel an Medizinern. Eine ähnliche Entwicklung zeichne sich auch für die übrigen Bundesländer ab. Ein Export an gut ausgebildeten jungen Menschen sei ein gutes Aushängeschild für ein Land.

Der Ausschuss beschließt, auf Grundlage des Berichts der Landesregierung über den Bereitschaftsdienst der Ärztinnen/Ärzte in Krankenhäusern eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Stellungnahmen sollen bis Ende Oktober vorliegen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Schutz junger Menschen vor fortschreitender Verschuldung

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/1916

(überwiesen am 21. Juni 2002)

Abg. Baasch begrüßt den Bericht und regt an, Ende des kommenden Jahres von der Landesregierung eine rückblickende Bewertung der im Bericht aufgeführten Maßnahmen zu erhalten. Abg. Ritzek weist darauf hin, dass es über die in dem Bericht enthaltenen Informationen hinaus eine Reihe von Projekten gebe, die im Zusammenhang mit dem Thema ebenfalls interessant seien. Als Beispiel nennt er das Forschungsprojekt Kinder, Jugendliche und Schulden von der Universität Oldenburg. Ferner regt er an, das Thema im Rahmen einer Plenartagung zu diskutieren.

M Moser ergänzt, es gebe im Haushaltsentwurf unter dem Titel Schuldnerberatung Mittel für Präventionsprojekte. Zu den Präventionsseminaren, die im Rahmen des IPTS angeboten würden, gebe es erste Anmeldungen. Ferner gebe es eine Informationsschrift der Bundesarbeitsgemeinschaft der Schuldnerberatung und die Einrichtung einer Kontaktstelle in Kiel werde umsetzungsorientiert diskutiert. Eine landesweite Koordinierungsstelle zur Schuldnerberatung sei im Aufbau. M Moser begrüßt die Anregung, nach einem Jahr einen rückblickenden Bericht zu erstellen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Bericht der Landesregierung zum Schutz junger Menschen vor fortschreitender Verschuldung zur Kenntnis zu nehmen und die Landesregierung aufzufordern, dem Landtag zu den konzeptionellen Überlegungen der Landesregierung zum Schutz junger Menschen vor fortschreitender Verschuldung bis zum 31. Dezember 2003 zu berichten. Weiter wird die Landesregierung auf Anregung des Abg. Geerds gebeten, dafür zu sorgen, dass das Thema in Fortbildungsmaßnahmen angeboten wird und die Bildungsreferenten entsprechend informiert werden.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Maßregelvollzugsgesetzes
(MVollzG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1544

hierzu: Umdrucke 15/2128, 15/2185, 15/2229, 15/2272, 15/2277, 15/2302,
15/2332, 15/2338, 15/2339, 15/2341, 15/2347, 15/2363,
15/2395, 15/2396, 15/2416, 15/2451

(überwiesen am 20. Februar 2002 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und
den Sozialausschuss)

Auf Antrag von Abg. Geerds wird der Tagesordnungspunkt vertagt.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Schleswig-Holstein (StrWG)

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1592

hierzu: Umdrucke 15/2012, 15/2018, 15/2022, 15/2024, 15/2033, 15/2051,
15/2103, 15/2137, 15/2138, 15/2139, 15/2162, 15/2163

(überwiesen am 21. Februar 2002 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und
den Sozialausschuss

Abg. Geerds beantragt Abstimmung in der Sache. Abg. Baasch erklärt, die SPD-Fraktion empfehle dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU abzulehnen. Ferner verweist er auf die Stellungnahme des Innenministers. Abg. Dr. Garg führt aus, die FDP-Fraktion lehne den Gesetzentwurf in der vorliegenden Form ab.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der CDU, dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss bezüglich des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Schleswig-Holstein, Drucksache 15/1592, zu empfehlen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/1713

hierzu: Umdrucke 15/2184, 15/2214, 15/2230, 15/2270, 15/2298, 15/2304,
15/2307, 15/2337, 15/2340, 15/2343, 15/2355, 15/2357,
15/2359, 15/2361, 15/2366, 15/2367, 15/2380, 15/2382,
15/2384, 15/2386, 15/2416, 15/2446, 15/2456

(überwiesen am 20. März 2002 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den
Sozialausschuss)

Auf Antrag von Abg. Geerdts wird der Tagesordnungspunkt zurückgestellt.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Informationsreise des Ausschusses nach Oslo

Der Ausschuss bespricht weitere Einzelheiten der bevorstehenden Informationsreise des Sozialausschusses nach Oslo.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Birk weist auf die Dringlichkeit der Behandlung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Errichtung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein und zur Änderung des Hochschulgesetzes, Drucksache 15/1839, im Sozialausschuss hin, da dieses Gesetz im Verlauf der November-Tagung des Landtags beschlossen werden solle. In einer kurzen Diskussion erörtert der Ausschuss daraufhin Verfahrensfragen des ihm zur Mitberatung überwiesenen Gesetzentwurfs.

Der Vorsitzende, Abg. Beran, schließt die Sitzung um 15:45 Uhr.

gez. Beran
Vorsitzender

gez. Klimkeit
Protokollführerin